

# KREUZNACH

16



## Dieser Kahlschlag erzürnt die Gemüter

FRIEDRICHSCHECK Wegen der Rodung einer Fläche im Stromberger Wohngebiet gehen Anwohner auf die Barrikaden

Die Befürchtungen der Anwohner waren nicht ganz unbegründet: So sieht die gerodete Fläche heute aus – unansehnlich.

Foto: Benjamin Hilger

Von Julia Schilling

**STROMBERG.** Die Anwohner des Wohngebiets Friedrichsheck waren Anfang des Jahres 2013 verärgert. Kurz vor Weihnachten 2012 wurden die Bäume auf einem städtischen Waldstreifen, die als Sicht- und Lärmschutz zum angrenzenden Gewerbegebiet dienten, gefällt. Zudem ärgern sie sich über den Anblick des liegen gebliebenen Schnittguts auf der gerodeten Fläche.

„Überraschend für uns wurde vor Weihnachten gerodet, und zwar ohne Ankündigung“, ärgerte sich damals Anwohner Claus Werner Dapper. Durch die Rodung, durch die vier Bauplätze nutzbar wurden, sei der Sicht- und Lärmschutz zum benachbarten Gewerbegebiet nicht mehr gegeben.

Auch wenn die Anwohner sich über die Rodung beschwerten, rechtlich betrachtet schien alles korrekt abgelaufen zu sein. So äußerten sich auf Anfrage der AZ sämtliche Behörden übereinstimmend, dass es hinsichtlich der Rodung keinen Grund zur Beanstandung gebe.

Und dennoch, der Widerstand riss nicht ab. In einem offenen Brief wendete sich die Interessengemeinschaft „Erhalt der Wohnlage Friedrichsheck“ an die Fraktionen im Stromberger Stadtrat. Man wolle den Umgang der Stadtspitze mit den Anliegen der Anwohner begleiten und kommentieren, da „eine Bereitschaft zu einem konstruktiven und ergebnisoffenen Dialog bislang bei der Stadtspitze für uns nicht erkennbar war“, hieß es darin.

### Vorgeschobenes Argument?

Laut Interessengemeinschaft sei die gerodete Fläche im Bebauungsplan als Waldfläche eingetragen, und zwar mit der textlichen Ergänzung: „Die eingetragenen Waldflächen sind zu erhalten. Waldrandbaumaßnahmen sind an den neuen Waldrändern durchzuführen.“

Das Argument, die Rodung sei aus Verkehrssicherungsgründen durchgeführt worden, hielt die Interessengemeinschaft „für ein vorgeschobenes, da hier durch Pflegemaßnahmen Abhilfe hätte geschaffen werden können“. Weiter wurde kritisiert, dass die



Vom Schnee bedeckt war der Blick der Stümpfe und Äste Anfang des Jahres 2013 für viele Anwohner noch halbwegs erträglich. Als dieser aber weggetaut war, machten sie einen Schandfleck in ihrer Siedlung aus.

Archivfoto: Benjamin Hilger

Anwohner weder im Vorfeld noch nach der Rodung von der Stadt informiert worden seien. Auch Nachfragen seien nur „ausweichend oder gar nicht beantwortet“ worden.

Im Februar schaltete sich die Wählergemeinschaft Stromberg (WGS) in die Diskussion ein, und machte in einer Pressemitteilung klar, dass sie die Rechtmäßigkeit der Eilentscheidung

„Kahlschlag Friedrichsheck“ anzweifelte. Es gäbe Hinweise, so WGS-Fraktionsvorsitzende Marlis Klauer damals, dass Stadtbürgermeisterin Klarin Hering eine der privaten Grundstückseigentümerinnen sei, die in die Rodungsmaßnahme involviert war. „Sollte sich dies bewahrheiten, ist zu klären, ob ein massiver Interessenkonflikt vorliegt und Vortellsnahme im Amt

gegeben ist“, hieß es darum in der Pressemitteilung.

Auf Anfrage der AZ gab Stadtbürgermeisterin Klarin Hering (CDU) zu: „Meinem Mann und mir gehört ein Bauplatz.“ Den Anschein eines „Geschmäckle“ sah sie jedoch nicht, da sie an der Entscheidung der Rodung des Stadtstreifens nicht beteiligt gewesen sei. Nachdem einige Baugrundstückbesitzer – darunter auch Hering – beschlossen hätten, den Baumbestand auf ihren Grundstücken fallen zu lassen, habe der Revierförster empfohlen, auch die Bäume auf dem städtischen Waldstreifen zu entfernen, da dort „dringender Handlungsbedarf bestehe“, erinnert sich Hering.

Genau ab diesem Punkt habe sie die Sache aber an ihren ersten Beigeordneten Gerhard Schröder (CDU) abgegeben, der die Entscheidung für die Rodung dann gemeinsam mit den anderen Beigeordneten getroffen habe. Bei der Rodungsaktion in Stromberg hätte sich Hering bewusst zurückgenommen, schreibt die Stadtbürgermeisterin später in einer Stellung-

nahme, „als Stadtbürgermeisterin wäre ich in einen Interessenkonflikt geraten, hätte ich in dieser Angelegenheit mitentscheiden müssen.“ Die Anschuldigungen der WGS empfand Hering als diskreditierend für sie und ihre Beigeordneten.

### Bürgernähe vermisst

Ende Februar meldet sich auch Bernd Kleeberg, Zweiter Vorsitzender der Wählergemeinschaft Stromberg (WGS), zu Wort. Er vermisst nun „Bürgernähe“ bei der Stromberger Stadtspitze. Hinsichtlich der Rodung meinte Kleeberg, sei mindestens ein Jahr Zeit gewesen, „um alle demokratischen Gremien und Anwohner zu informieren, eine profunde Entscheidung zu finden und zu begründen.“ Es sei keine Gefahr im Verzug gewesen, so dass eine Eilentscheidung zum Kahlschlag notwendig gewesen wäre, fand Kleeberg und fragte, ob das Angebot einer Firma, das Gebiet kostenlos zu roden, als Begründung ausreiche. Seine Frage blieb unbeantwortet.

### IN DEN STADTRAT GEBRACHT

► Ende Januar hatte der Stadtrat eine **Einwohnerfragestunde** einberufen, in der die Anwohner des Wohngebiets „Friedrichsheck“ ihrer Verärgerung Luft machen konnten.

► Nachdem in „Friedrichsheck“ einige Baugrundstückbesitzer beschlossen hatten, aus **Verkehrssicherungsgründen** den Baumbestand auf ihren Grundstücken fallen zu lassen, empfahl Revierförster Steffen Lang, die Bäume auf einem angrenzenden städtischen Waldstreifen ebenfalls zu entfernen, erklärte Stadtbürgermeisterin Hering damals

die Gründe für den Kahlschlag. Der Baumbestand auf dem städtischen Grundstück, stellte der **Revierförster** bei einer Kontrolle fest, sei schon nicht mehr in einem verherrschteren Zustand gewesen.

► Verärgert waren die Anwohner auch darüber, dass die **Hinterlassenschaften** der Rodung nicht ansehnlich aussehen. Das aber wohl weit größere Ärgernis war für die unmittelbaren Nachbarn des Gewerbegebietes, dass durch die Baumfällungen der **Sicht- und Lärmschutz** nicht mehr vorhanden sei.

Freitag, 17. Januar 2014 | Rhein Main Presse

## AUF EINEN BLICK

### Erdwall schützt vor Discounter

**STROMBERG** (els). Der Jahresrückblick der Allgemeinen Zeitung zum Wohngebiet Friedrichsheck am vergangenen Samstag hat für Reaktionen in der Stromberger Stadtspitze, aber auch unter den Lesern geführt. 2013 waren dort vier Grundstücke sowie die städtische Waldfläche gerodet worden.

Dies hatte auch zu Unmut unter den Anwohnern geführt. Sie waren dann in einer Einwohnerversammlung allerdings ausreichend informiert worden. Zudem seien mehrere Gespräche mit den Anwohnern geführt worden, stellt Stadtbürgermeisterin Klarin Hering in einer Pressemitteilung klar. „Die Fläche wurde wieder aufgeforstet und die Anregung, einen Erdwall als Abgrenzung zum Discounter aufzuschütten, aufgegriffen und in Absprache

mit der Naturschutzbehörde umgesetzt“, betont sie. Eine Begehung mit dem Revierförster habe gezeigt, dass die Naturverjüngung der Fläche bereits eingesetzt habe. „Viele Baumstümpfe haben ausgeschlagen.“

Im Zusammenhang mit der Bewuchsbeseitigung war zudem die Eilentscheidung des Ersten Beigeordneten Gerhard Schröder zur Rodung der Fläche kritisiert worden, unter anderem von der Wählergemeinschaft Stromberg. „Die Prüfung des Vorgangs durch die Kommunalaufsicht hat keine Beanstandungen ergeben. Die Entscheidung der Beigeordneten wurde ausdrücklich für richtig befunden“, betont Hering.

Sie selbst hatte sich aus der Entscheidung herausgehalten, da ihr und ihrem Mann selbst eines der gerodeten Grundstücke gehört.